

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Samstags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“ und „Der Jugend-Geselle“.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 8/9

Die Jahrgangspostkontingente über deren Raum kostet 8.- M., einschließlich Anzeigen. Kleine Anzeigen: Das erste Heft 2.50 M., jedes weitere Heft 1.75 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Neue Schwierigkeiten in Washington

Gefährdung des Viermächte-Abkommens

Paris, 18. Januar.

Die Agentur Havas verbreitet folgende aus Washington datierte Meldung: Die Verzögerung des Abschlusses des Flottenabkommens, dem noch die Zustimmung Japans in Bezug auf die Befestigung der pazifischen Inseln und diejenige Englands wegen der Zerstörung der veralteten Schiffe fehlen soll, wird viel besprochen.

Die „offene Tür“ in China

Französische Einwendungen

GE. Washington, 18. Januar.

In der gestrigen Sitzung des Ausschusses für den Fernen Osten, in der die Politik der offenen Tür in China zur Beratung stand, legte Staatssekretär Hughes im Namen Amerikas eine Entschliessung vor, in der die Einsetzung eines internationalen Gerichtshofes oder einer internationalen Kommission vorgeschlagen wird, die alle Meinungsverschiedenheiten über Konzessionen, die in China ausfinden werden, prüfen soll.

Die französische Abordnung auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz will New York am 28. Januar verlassen und sich nach Frankreich einschiffen.

Die erste Rate bezahlt

Paris, 18. Januar.

Die Kriegskostenkommission hat heute die Reparationskommission amtlich davon verständigt, daß der Gegenwert von 31 Millionen Goldmark in fremden Devisen bezahlt worden ist.

England und Frankreich

London, 18. Januar.

Einer Neutermeldung zufolge gaben heute Lloyd George und Curzon vor dem britischen Kabinett Erklärungen ab über die Verhandlungen in Cannes und über die Unterredungen mit dem neuen französischen Ministerpräsidenten Poincaré.

Ein Wahlerfolg der Koalition

London, 18. Januar.

Bei der Ersatzwahl in Tamworth Warwickshire siegte der Koalitionskandidat mit einer Mehrheit von 8061 Stimmen.

Poincaré, der Kriegskostler

Paris, 18. Januar.

Leon Blum veröffentlicht im „Populaire“ einen Artikel gegen Poincaré, den Kriegskostler. Nach ihm hätten bereits die Schnäbels-Affäre im Jahre 1886, der Algiercas- und Agadir-Zwischenfall 1905 bezw. 1911 zum Kriege geführt, wenn damals Poincaré Präsident der Republik oder Ministerpräsident gewesen wäre.

Rechtssozialisten und Steuerfrage

Die R. S. N. melden: Infolge der langen Tagung des Auswärtigen Ausschusses verzögerte sich gestern nachmittag der Zusammentritt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erheblich.

Rathenaus Bericht über Cannes

Unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Stresemann trat gestern vormittag 11 Uhr der Reichstagsausschuss für auswärtige Angelegenheiten zu einer wichtigen Sitzung zusammen. In dieser Sitzung nahmen außer dem Reichsanstler Dr. Wirth auch verschiedene Minister, darunter Schmidt, Köster und andere, teil.

Der preussische Staatsrat

In der ersten Plenarsitzung des preussischen Staatsrats ging man dem Streit um die Befestigung des Vorlandes durch die Wiederwahl des bisherigen Präsidiums aus dem Wege.

ten, Wirtschaftsausschuss La Grange. Der Staatsrat stimmte ferner der Vereinigung des zu Wald- und Pyromont gehörenden Gebietsteils von Pyromont mit Preußen zu.

Die deutsche Währung in Oberschlesien

DA. Oppeln, 18. Januar.

Die Frage der Beibehaltung der deutschen Währung in dem an Polen abgetretenen ober-schlesischen Gebiet führte zwischen den Polen und der deutschen Reichsbank zu ausgedehnten Besprechungen. Die Polen glaubten aus der in der Genfer Entschliessung getroffenen Bestimmung, die deutsche Mark in Oberschlesien als gesetzliches Zahlungsmittel beizubehalten, einen Anspruch darauf herleiten zu können, daß die Reichsbank ihre in Oberschlesien befindliche Filiale bestehen lassen müsse.

Explosion in der Eisenbahn

Ebersfeld, 18. Januar. (Amtliche Meldung.)

Am 18. Januar früh 7 Uhr 10 Minuten explodierte während des Haltens eines Personenzuges auf Bahnhof Unterbarman in einem 4. Klasse-Wagen ein Sprengkörper und darunter Herkunt. Zwei Personen wurden schwer und sieben leicht verletzt.

Zu dem Unglück in einem Personenzuge auf der Station Unterbarman wird noch gemeldet: Ein Reisender, der Hieslerer Willy Wasserermann, hatte eine in Segeltuch gebüllte Stielhandgranate in das Gepäck gelegt. Infolge der Erschütterungen des Zuges explodierte die Granate sechs Personen wurden schwer verletzt, so daß sie in das Krankenhaus übergeführt werden mußten.

Das laudinische Joch

Die Bewertung des Bodens in der Steuergesetzgebung

In dem von uns bereits zitierten Artikel des vollparteilichen Abgeordneten Dr. Becker über das Steuerkompromiß beschäftigt er sich auch mit der Stellung, die die Deutsche Volkspartei zu den Wertermittlungsvorschriften für den landwirtschaftlich genutzten Grund und Boden einnehmen werde.

Für die Bewertung des Bodens in der Steuergesetzgebung ist der für die Einschätzung zu Grunde gelegte Wertmaßstab von ausschlaggebender Bedeutung. Man unterscheidet den gemeinen Wert, welcher „unter Berücksichtigung aller in Betracht kommender Umstände zu ermitteln“ ist, den Verkauf- und Ertragswert. Welcher dieser Maßstäbe der richtige ist, darüber besteht Streit.

Das Bestreben unserer Agrarier ging seit Einführung des preussischen Ergänzungsteuergesetzes — im Jahre 1893 —, das den gemeinen Wert als Wertmaßstab einführt, dahin, den Ertragswert zum allein maßgebenden zu machen. Ihre daraufhinzielenden Bemühungen waren nicht vergeblich. Die Novelle vom 26. Mai 1909 legte für die Einschätzung der land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke den Ertragswert fest. Wenn man nun zwei Punkte berührt: die damalige Zusammensetzung der ländlichen Einschätzungskommissionen — der Landrat war Vorsitzender — und das Fehlen der Erklärungsfrist für die Ergänzungsteuer im Gegensatz zur Einkommensteuer, so wird ohne weiteres klar sein, daß der Wert der Grundstücke äußerst niedrig eingeschätzt werden mußte.

Die Veranlagungen zum Wehrbeitrag im Jahre 1913 wiesen kaum einen Unterschied von denen zur Ergänzungsteuer auf.

Die Besitztener, gleichzeitig mit dem Wehrbeitrag angenommen, war als länderliche Vermögenszuwachssteuer geplant. Sie sollte alle drei Jahre erhoben werden, und den in dieser Zeit erzielten Gewinn erfassen.

Die Besitztener, gleichzeitig mit dem Wehrbeitrag angenommen, war als länderliche Vermögenszuwachssteuer geplant. Sie sollte alle drei Jahre erhoben werden, und den in dieser Zeit erzielten Gewinn erfassen.

Während also die anderen Vermögensarten den durch die Geldbewertung nur scheinbar erfolgten Vermögenszuwachs voll besteuern mußten, gelangte beim Grundbesitz dieser Zuwachs nicht zur Besteuerung. Ein Beispiel, das Professor Bühler in einem Vortrag über diesen Gegenstand auf der Tagung des Bundes deutscher Bodenreformer im Jahre 1921 anführt, möge dies näher beklären:

Nehmen wir z. B. eine Zuckerrübe oder eine Brennerei, die vor dem Kriege 1/2 Million wert gewesen war, und nun Mitte 1919 nicht unter eine Million verkauft worden wäre. Wenn sie die Form einer Aktiengesellschaft hatte, deren Aktien auf das Doppelte gestiegen waren, dann müßte der Wertzuwachs von einer halben Million beiden Aktionären voll versteuert werden (Abgabe, wenn die Aktien in einer Hand waren, rund 330 000 Mark!). Dieselbe Abgabe war zu zahlen, wenn sie gewerbliches Betriebsvermögen in der Hand eines Einzelunternehmers war. War sie aber Nebenbetrieb eines großen Gutes, und wurde sie daher als Zubehör eines landwirtschaftlichen Betriebes behandelt, so war kein Pfennig Zuwachssteuer zu bezahlen!

Unglaublich, aber wahr! Auch beim Reichsnatopfer ist die gleiche Bevorzugung des Grundvermögens eingetreten.

„Gerade die Schwerte“, sagt Professor Bühler, „die gegen die Geldbewertung von Natur geschützt waren und deren Heberlegenheit in der Folge noch viel größer wurde, wurden geschont.“

der Wertpapierbesitz dagegen nicht, und gerade die besten Sachverständigen für die Schätzung des Ertragswertes, die Katasterbeamten, wurden von den Steuerbehörden nicht zu Rate gezogen. Später wurde durch die Erlasse des Reichsfinanzministers vom 4. September 1920 und 1. Juni 1921 die Bevorzugung des Grundbesitzes noch krasser; sie geht so weit, daß, wie ein Kenner dieser Verhältnisse behauptet, aus dem ein- bis höchstens zweijährigen Zinsertrag des Kapitals, welches beim Notopfer gegenüber einem Steuerpflichtigen mit lediglich Barvermögen erspart ist, das ganze Notopfer gedeckt werden kann. Von einer sachwerterfassenden Wirkung des Reichsnotopfers auf die Landwirtschaft kann somit keine Rede sein."

Wer nun etwa glaubt, daß in der künftigen ständigen Vermögenszuwachssteuer darin eine Änderung eintreten würde, täuscht sich gewaltig. Nach dem Entwurf für dieses Gesetz dürfen wieder bei Grundvermögen die Gesteuerungskosten eingezogen werden, die, solange keine Besitzveränderung erfolgt ist, dieselben geblieben sind. Ein Wertzuwachs wäre also nicht vorhanden, mithin kein Pfennig Steuer zu zahlen.

Hier muß unbedingt Wandel geschaffen werden. Die Landwirtschaft mit ihren enormen Gewinnen kann ohne Schädigung der Volkswirtschaft scharf zu den Steuerlasten herangezogen werden.

Der skandalöse Zustand, daß Arbeiter und Festbesoldete fast allein die Steuern aufbringen, muß aufhören. In diesem Punkte müssen und können alle Proletarier einig sein!

Preußen und Hamburg

Ein partikularistischer Streit

Zwischen Preußen und Hamburg werden seit einiger Zeit Verhandlungen gepflogen, die das Abtreten von preußischen Gebietsteilen an Groß-Hamburg zum Ziele haben. Hamburg ist rings von preußischem Gebiet eingekesselt. Um die Bedeutung seines Hafens zu erhöhen, ist eine Erweiterung der Hafenanlagen unbedingt erforderlich. Weiter fehlt es auch an Industriegebiete für die Anlage neuer Werke, sowie an Gelände für Siedlungs- und Wohnungszwecke. Ein weiteres Hindernis für den Ausbau des Hamburger Hafens bildet die Tatsache, daß die Städte Altona und Harburg eigene Hafenanlagen haben und als preußische Städte mit den Hamburger Hafenanlagen in Widerstreit geraten. Den Forderungen Groß-Hamburgs nach Erweiterung seines Gebietes zu dem Zweck, die Hafenanlagen auszugestalten und zu vereinheitlichen, den Verkehr zu heben, neue Industrieanlagen sicherzustellen, kann also die Berechtigung nicht abgesprochen werden. Sie liegen durchaus im Rahmen einer modernen Gestaltung des Wirtschaftslebens und können bei der Bedeutung des Schiffsverkehrs sogar fruchtbringend für die gesamte deutsche Wirtschaft werden.

Preußen scheint sich jedoch an dieser bedeutsamen Frage an den rein partikularistischen Standpunkt festzuklammern. Die Auffassung der preußischen Regierung geht nämlich im Allgemeinen dahin, vom Besitzstand des preußischen Staates nichts abzutreten, wohl aber soviel wie möglich neues Land zu schlucken. Begründet wird diese Haltung damit, daß Preußen durch den Friedensvertrag schon sehr viel Gebiet verloren habe, ja, daß überhaupt die nach dem Friedensvertrag vollzogene Neuziehung der Grenzen ausschließlich auf Kosten Preußens erfolgt sei. Die Bedeutung Preußens für das gesamte Reich sei aber nach wie vor die gleiche. Um sich das bisherige Hebergewicht zu sichern, müsse es seinen Besitz gegen alle Abtretungsgelüste verteidigen. Das sind Gedankengänge, die sich mit der neuen Staatsauffassung zwar nicht in Einklang bringen lassen, dafür aber die ungeteilte Zustimmung der preußischen Junter finden, die von jeher den Grundgedanken verfochten haben: Preußen ist das Reich!

Durch die Halsstarrigkeit Preußens hat sich jetzt die Groß-Hamburger Frage bedenklich zugespitzt. In Denkschriften versuchen Preußen und Hamburg ihren Standpunkt zu verteidigen. Preußen hat zur besseren Vertretung seiner Interessen dem früheren Finanzminister Dr. Südekum zum Regierungskommissar der Groß-Hamburger Frage ernannt, der aber die Hamburger bisher nicht davon zu überzeugen vermochte, daß der preußische Standpunkt der richtige sei. In den Provinzen Schleswig-Holstein und Hannover, die als Nachbargebiete Hamburgs für die Gebietsabtretung in Frage kommen, wird eine Art Rebellion organisiert, die natürlich wiederum durch rein partikularistische Gesichtspunkte genährt wird. Wir sind demgegenüber der Auffassung, daß in dieser hochwichtigen Frage traditionelle Interessen ebenso sehr ausgeschaltet werden müssen, wie partikularistische. Entscheidend bei den Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg darf lediglich die Frage des wirtschaftlichen Fortschritts sein. Da von keiner Seite abgetritten werden kann, daß Hamburg durch die Umflammerung mit preußischen Gebietsteilen zu ersticken droht, muß seinem Drang nach Erweiterung nicht nur in Rücksicht auf die Lage Hamburgs, sondern noch mehr in Rücksicht auf die Bedeutung Hamburgs als Welthafenstadt so schnell wie möglich Rechnung getragen werden.

Die Besoldungsbewegung

Besprechung des Finanzministers mit den Vertretern der Parteien

Am Mittwoch vormittag fand im Zimmer des Finanzministers im Reichstag eine Besprechung des Ministers mit den Vertretern der Parteien statt über die Lohnbewegung der Beamten, Angestellten und Sontoarbeiter. Bei dieser Besprechung stellte sich heraus, daß sämtliche Parteien, die bei der letzten Regelung der Besoldungsordnung im Herbst auf das festigte den Standpunkt der unabhängigen Fraktion bekämpften, nunmehr zugeben mußten, daß dieser Standpunkt durchaus berechtigt gewesen sei und unbedingt berücksichtigt werden müsse. Es wurde damals von uns gefordert, daß die Gehälter der Beamten der unteren und mittleren Gehaltsklassen bedeutend erhöht werden müßten, da die Aufbesserung der Gehälter der oberen Gehaltsgruppen weit über das erforderliche Maß hinausgegangen war. Außer den Sozialdemokraten und den Demokraten teilte auch der Zentrumspartei die Einsicht diesen Standpunkt, ebenso der Vertreter der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei. Der Vertreter der Rechtssozialisten wies außerdem mit Recht darauf hin, daß es ein unerträgliches Zustand sei, daß die Reichswehr der Beamtenbesoldungsordnung unterliege. Die Reichswehr werde als Schwergewicht mitgeschleppt und hindere einen weiteren Fortschritt in der Beamtenbesoldung, ein Standpunkt, den auch wir stets vertreten haben. Der Finanzminister erhob gegen die Spitzenorganisationen die schwere Beschuldigung, daß ihre Forderung auf Erhöhung der Beamten- und Angestelltengehälter und Staatsarbeiterlöhne nicht immer von sachlichen Gesichtspunkten getragen seien.

Genossin Zieh trat dieser Beschuldigung entgegen und erklärte, daß die große Not in den Kreisen der unteren Beamten und Arbeiter das Vorgehen der Spitzenorganisationen stets veranlaßt habe. Sie fügte hinzu, daß wir uns auch jetzt nicht in dieser schwierigen Situation befinden würden, wenn der Finanzminister, der ja auch zugleich Ernährungsminister sei, dem Antrag der unabhängigen Fraktion auf Erhöhung des Umlagebeitrages auf 3 1/2 Millionen Tonnen zugestimmt hätte und energisch für diesen Antrag eingetreten wäre. Vielleicht wären dann auch die bürgerlichen Parteien mitgerissen worden, und es brauchte heute nicht die ungeheure Brotpreiserhöhung stattzufinden, die natürlich auch eine Erhöhung der Preise für andere Nahrungsmittel in erheblichem Umfang nach sich ziehen und abermals die Not der Minderbemittelten vergrößern wird. Genossin Zieh gab ihrer Genugtuung Ausdruck, daß nunmehr alle Parteien den Standpunkt einnehmen, den die unabhängige Fraktion im Herbst vertreten habe, daß unbedingt die Gehälter der niederen Beamtengruppen erhöht werden müßten. Es sei dies durchaus notwendig, denn nicht der Eigennutz, sondern die Not treibe die Beamten und Arbeiter dazu, mit allem Nachdruck ihre Forderungen zu erheben und zu vertreten. Wenn die Regierung nicht rechtzeitig Maßnahmen treffe, seien die Folgen unabsehbar. Sie forderte gleichzeitig, die Regierung müsse unbedingt sofort in weitere Verhandlungen mit den Vertretern der Organisationen eintreten, damit endlich Zufriedenheit in die Reihen der Beamten und Arbeiter eintreffe. Der Minister schien nicht abgeneigt, den Forderungen auf Erhöhung der Gehälter der unteren Beamtengruppen, ohne eine neuerliche Erhöhung der Gehälter der oberen Beamtengruppen, nachzugeben. Jedenfalls stellte er sich nicht den erhobenen Forderungen entgegen.

Hoffen wir, daß die Bestrebungen der Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften, zu einem befriedigenden Ergebnis der Verhandlungen zu kommen, von Erfolg begleitet sein werden.

Aus Poehners Zeiten

Wo steckt die Munition?

Drahtmeldung unseres Korrespondenten München, 18. Januar.

Im Haushaltsausschuß des bayerischen Landtages machte der Kommunist Kender die aufsehenerregende Mitteilung, daß der Münchener Polizeipräsident Poehner im Juli vorigen Jahres dem Direktor Caledor, Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft in Regensburg, einen geheimen Munitionstransport nach Ungarn zugemutet habe. Poehner habe selbst im Münchener Ringhotel mit dem Direktor verhandelt. Als dieser aber amüsliche Bismarck von Poehner verlangte, suchte sich der Polizeipräsident mit allen möglichen Ausflüchten zu retten. Nach ergebnislosem Verhandeln mit dem Oberamtmann Fria von der Münchener Polizei-Direktion, der neuerdings den Direktor der Dampfschiffahrtsgesellschaft zu gewinnen suchte, sich aber unter falschem Namen vorstellte, wurde das Ansuchen abgelehnt. Trotzdem wurde die Munition nach Regensburg geschickt. Bei einem Brand wurde die Munition von den Angestellten der Dampfschiffahrtsgesellschaft in einem Hause an der Donaulände festgestellt und nur ein glücklicher Zufall hat eine ungeheure Explosion verhindert. Kurz darauf verschwand die Munition spurlos. Die Regierung hat auf diese schwere Beschuldigung gegen zwei Staatsbeamte noch kein Wort erwidert. Aufklärung ist dringend geboten.

Nach einer Münchener Meldung des "Vorwärts" hat die Münchener Staatsanwaltschaft gegen einen Oberleutnant Wilhelm Helm und gegen den Studenten Max Uebelen einen Steckbrief erlassen. Diese waren nach dem politischen Mord an Schweichardt nach München geflohen, was der Münchener Staatsanwaltschaft anscheinend erst jetzt bekannt geworden ist, obwohl sie über deren Anwesenheit durch die sozialistische Presse orientiert war. Schweichardt war nach den Mitteilungen der sozialistischen Presse nicht nur an dem Mord im Forstenrieder Park, sondern auch an dem Mord Garais und der Dobner-Brüder-Affäre beteiligt.

Die "Münchener Morgenpost" macht heute eingehende Angaben über ein Versteck politischer gefugter Persönlichkeiten am Starnberger See. Die "Münchener Post" wirft die Frage auf: "Wer begünstigt die flüchtigen Begünstigten?"

Wie werden die Milliarden bezahlt?

H. L. K. Die Mehrzahl der Zeitungsläser weiß wohl so gut wie nichts Näheres über die Milliardenzahlungen, die im Mittelpunkt aller politischen Interessen stehen. Wir haben uns so sehr an die großen Zahlen gewöhnt, daß uns die Milliarde ein ganz gefäugter Begriff geworden ist, der noch nicht einmal als etwas Besonderes erscheint, wenn wir hören, daß der russische Staat seine Berechnungen mit Billionen ausführt.

Aber eine Milliarde sind doch immerhin 1000 Millionen, und man muß sich diese Summe in Münzen vorstellen, um eine Vorstellung davon zu gewinnen. Es liegt auf der Hand, daß die 132 Milliarden Goldmark, die die Reparationsschuld ausmachen, nicht in Gold bezahlt werden können. Um so weniger, als der ganze Goldvorrat der Welt nur rund 75 Milliarden Mark beträgt.

Tatsächlich ist denn auch nur der verhältnismäßig kleine Betrag von 80 Millionen Mark in Gold bezahlt worden. Es handelte sich dabei nur um eine geringe Zahl von Münzen, meist österreichischen Kronen, die ebenso wie die Goldbarren nach Gewicht bewertet wurden. Die lösbare Sendung wurde von mehreren Beamten der Reichsbank nach Hamburg gebracht und in den Tresors der dortigen Reichsbankfiliale aufbewahrt, um auf verschiedenen Schiffen nach den Vereinigten Staaten verfrachtet zu werden. Eine besondere Sicherheit wurde dadurch erreicht, daß die Summe bei mehreren Gesellschaften verstreut wurde.

Nach dem Londoner Ultimatum hatte Deutschland zunächst zwei Serien sogenannter Goldbons ausgegeben. Die in einzelnen Stücken später in Verkehr gebracht werden sollten. Vorläufig gab Deutschland darüber Schuldverschreibungen in Höhe von 18 und 34 Milliarden aus. Die Schuldverschreibungen über diese beiden Summen sehen ungefähr wie die Reichsbankanleihen oder die preußischen Konjuls aus. Nur daß an Stelle des deutschen Gelehrtestertes hier der entsprechende Text des Londoner Ultimatus steht. Die Unterschrift ist von der Reichskuldenverwaltung gezeichnet.

Für die erste fällige Milliarde waren in Paris Sicherheiten zu hinterlegen, die in Form von Wechseln von einem Herrn dorthin gebracht wurden. Diese Persönlichkeit trug mit ihren vier Wechseln also eine Milliarde in der Briefschleife. Es handelte sich dabei übrigens nicht um Papiere, die diskontiert werden konnten; sie galten lediglich als Sicherheit und wurden gegen die entsprechenden Zahlungen herausgegeben.

Der größte Teil der Zahlungen wird auf eine völlig bankmäßige Weise ausbezahlt. Die Reichsbank kauft an deutschen oder ausländischen Werten Devisen, also fremde Wertpapiere, die mit Paritermarkt bezahlt werden. Dieses Geld wird schließlich nicht hin und her geschickt, sondern es läuft über Konten bei Privatbanken. Normalerweise wäre die Sache natürlich einfacher. Bei einer gesunden Volkswirtschaft hätte Deutschland

Konten im Auslande, oder seine Geschäftsleute hätten doch diese Konten als Gegenwert für ihre Exportleistungen. Die Reichsbank brauchte sie dann nur zu übernehmen und ihren privaten Gläubigern den Gegenwert zu vergüten. Bekanntlich reichen aber die Exportüberschüsse nicht aus, um genügend Devisen zu erhalten und die Reichsbank muß sie im Auslande mit Papiermark bezahlen.

Die Reichsbank, die diese ganzen Fragen regelt, ist die Devisenabrechnungsstelle. Auf ihre Weisungen hat die Reichsbank die notwendigen Käufe zu tätigen und eventuell sofort an eine Stelle abzuführen, die die Reparationskommission bestimmt. Die Ankündigung bei der Reparationskommission erfolgt auf eine einfache geschäftsmäßige Weise ohne besondere diplomatische Formen, wie sich denn überhaupt die gesamten Zahlungen entsprechend der kapitalistischen Struktur der Weltwirtschaft genau wie private Geschäfte vollziehen.

Der 9. November im Hauptquartier

Paul Hindenburg hat vor einiger Zeit der deutschen nationalen Presse einen Brief Wilhelm Hohenzollerns zur Veröffentlichung übergeben. In diesem Brief tritt der frühere Kaiser ab, am 9. November 1918 nach Holland entflohen zu sein. Er habe den "Uebergang nach Holland" nur auf dringendes Anraten des Großen Hauptquartiers vollzogen und sich dabei von dem Grundgesetz leiten lassen, der Heimat ein Blutvergießen zu ersparen. Der Brief wurde lediglich zu dem Zweck veröffentlicht, für den gewesenen Kaiser Klammern zu machen. Der Vorwurf, ein Deserteur zu sein, lastet auf Wilhelm Hohenzollern so schwer, daß der ganze monarchistische Gedanke in Mitleidenschaft gezogen ist, und um diesen wieder zugänglicher zu machen, erfolgte die Veröffentlichung des Briefes, wobei vorauszusetzen war, daß nunmehr von rechtsprechender Seite in verstärktem Maße die monarchistische Frage erörtert werden würde.

Jetzt liefert Generalleutnant Kabisch durch die Veröffentlichung von Auszügen aus seinem Tagebuch in der "Kölnischen Zeitung" einen neuen Beitrag zur Flucht Wilhelm Hohenzollerns. Kabisch behauptet, daß die Disziplin der Truppen keineswegs völlig untergraben gewesen sei. Das Friedensangebot habe sie zwar wie ein Donnerkehl getroffen, ein Nachlassen der Entschlossenheit sei wenigstens bei seinem Truppenteil, jedoch nicht eingetreten. Am 8. November sei ihm dann vom Oberkommando eröffnet worden, ins Hauptquartier zu fahren und über die Stimmung der Truppen zu berichten. Im Hauptquartier wurde dann mitgeteilt, daß die allgemeine militärische Lage durch den Zusammenbruch Oesterreichs hoffnungslos geworden sei. Der Einmarsch nach Süddeutschland stehe den Italienern offen. Reserven seien nicht mehr vorhanden. Aus diesem Grunde müsse jeder Waffenstillstand angenommen werden, wie er auch ausfallen möge.

Dann wurde die Frage der Abdankung des Kaisers erörtert und die Lage so dargestellt: Wollte sich die Armee der Abdankungsforderung mit Gewalt widersetzen, so müßten die Truppen gegen den Rhein amarschieren und den Rheinübergang erkämpfen. Ein langandauernder, von den größten Versorgungschwierigkeiten gehemmter Vormarsch gegen Berlin müsse sich anschließen. Die Gegner würden unter solchen Umständen einen Waffenstillstand mit dem Kaiser natürlich nicht abschließen. Es müßte also gleichzeitig nach rückwärts und vorwärts gekämpft werden. Nach Darstellung dieser Lage wurde den Frontsoldaten folgende Frage vorgelegt: "Können Sie die verantwortliche Erklärung abgeben, daß Ihre Truppe einer solchen Aufgabe gewachsen ist, daß sie zuverlässig in der Hand der Führer bleibt und nicht zu den revolutionären Elementen übergeht?"

Die Antwort der militärischen Führer war, daß die Truppe einem monatelangen Kampf unter den dargestellten Bedingungen nicht standhalten könne. Nur zwei Regimentskommandeure haben mit Ja geantwortet. Der Rest meint nun, die den Armeeführern vorgelegte Frage sei falsch formuliert worden. Ein militärischer Führer habe dem Kaiser überhaupt nicht zu beraten, sondern lediglich dessen Befehle auszuführen. Wenn sich die Heerführer auf diesen Standpunkt gestellt hätten, hätte die Revolution einen anderen Verlauf genommen. Ihm, dem General Kabisch, habe anderthalb Jahre später ein führender Sozialdemokrat gesagt, daß es sich in Wirklichkeit überhaupt nicht um eine Revolution, sondern lediglich um eine Matrosenrevolte gehandelt habe, die mit der Revolution hätte niedergeworfen werden können. Der führende Sozialdemokrat, der diese tiefgründige Weisheit verzapft hat, war aber kein anderer als — Rosa.

Die Klumpkackerei die General Kabisch vom Stavel läßt, sind einer ernsthaften Welterkenntnis kaum wert. Es steht erstens einmal fest, daß die deutsche Westfront vor dem völligen Zusammenbruch stand. Was an der Nordfront noch standhielt, wäre unüberwindlich in die Katastrophe hineingestürzt worden, die totfaher einsetzten wäre durch den Mitte November beschlossenen Angriff der Franzosen in Richtung bedrängter West für den dreißigsten Teil des Monats und ebensowohl Divisionen in Reserve bereitstanden, während die gesamte deutsche Armee über keine einzige frische Division mehr verfügte. Zum anderen wären Angriffe der Italiener über Tirol nach Bayern hinein zu erwarten gewesen und weitere Verstöße her an der ungarischen Grenze stehenden östlichen Truppen über Böhmen nach Opatowitz und Schloß. Daß bei einer solchen Gesamtlage die Armee um so schneller auseinanderzufallen wäre, wenn sie gleichzeitig noch den Bürgerkrieg hätte führen müssen, steht ebenfalls fest. Denn was war der Preis dieses Kampfes? Die Erhaltung des Thrones im Interesse eines Mannes, durch dessen Fall das Land in das Unheil des Weltkrieges hineingestürzt wurde. Für dessen private Interessen auch nur noch einen Tropfen Blut zu vergießen, wäre nur wenigen Soldaten einleuchtend. Und noch weniger waren sie geneigt, ihr Blut für die Junker und Großkapitalisten zu verschütten, damit diese, mehr noch als während des Krieges, kümmernde Mäntel daraus schlagen und ihre politischen Vorliebe sichern könnten.

Die Opfer des indischen Aufstandes. In Bombay wurde verurteilt, daß 2250 Moplahs getötet, 3725 zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Mehrere tausend Hindus leben von dem Mord an der Hand des Islam gezwungen worden. Es sei nicht möglich die Ausbeutung des Schwedens festzustellen oder die Zahl der von dem Mord getöteten Personen anzugeben.

Die Schweizer Heeresorganisation. Das Schweizer Heer soll in Zukunft nach einem in Bern ausgearbeiteten Heeresorganisationsplan aus 8 Auszubildenden und 4 Gebirgsbrigaden bestehen. Jede Division wird drei Regimenter stark sein. Daneben werden außerdem noch drei Divisionen und zwei Gebirgsbrigaden Landwehr gebildet werden.

Unsere zweite Reichsfrauenkonferenz

Von Luise Zieg

Zweifellos hat die Spaltung die Bewegung der Frauen am härtesten getroffen. Tausende indifferentere Frauen, die wir durch unsere Agitation ausgerüttelt und den Organisationen zugeführt hatten, die aber keineswegs genügend sozialistisch geschult waren, um sich ein selbständiges Urteil über unsere grundsätzliche, zielklare Politik bilden zu können, sind durch die strupellose Spaltungsmanöver der K. P. D. mit fortgerissen worden, ohne den Weg zur K. P. D. zu finden. Sie sind wieder in Gleichgültigkeit und Apathie versunken und haben, was schlimmer ist, den Glauben an die Arbeiterbewegung, die Hoffnung auf den Sozialismus verloren. Sie der Arbeiterbewegung wieder zu gewinnen, ist einstweilen völlig aussichtslos.

Es ist dies die gleiche Erscheinung, die sich überall, in allen Ländern zeigt, in denen auf Befehl Moskaus die Arbeiterbewegung gespalten wurde; es ist das die historische Schuld der Bolschewiki!

Von uns gegangen sind aber auch eine Anzahl sehr tüchtiger Funktionärinnen, die, irreführend, glaubten, in der K. P. D. schneller zum Ziel des Sozialismus zu kommen. Manche von ihnen haben ihren Irrtum inzwischen eingesehen, und wenn sie zurückkommen wollen, sollen sie willkommen sein.

Dah wir inzwischen die Spaltung und all das Gräßliche, was ihr folgte und unsere Agitation erschwerte, überwunden haben, hat neben unserem Parteitag unsere Frauenkonferenz in Leipzig erwiesen.

Zunächst die starke Beschickung: 111 Delegierte und zahlreiche Gäste, namentlich aus Sachsen und Thüringen, waren unserem Rufe gefolgt.

Die lebhafteste Diskussion zu allen drei Punkten der Tagesordnung und die Sachkunde, die aus allen Darlegungen der Rednerinnen sprach, zeigte, daß die Genossinnen, besonders im letzten Jahr, fleißig an sich selbst gearbeitet haben und geistig emporgestiegen sind. Die Berichte aus den Bezirken zeigten aber auch noch ein anderes: daß, abgesehen von einzelnen Ausnahmen, die Genossinnen mit Energie und Hingabe an die große Sache des Sozialismus, am Wiederaufbau der Partei fleißig mitgeholfen haben. Und das muß in Zukunft in noch erhöhtem Maße geschehen.

Die Arbeit innerhalb der Partei und für sie darf nicht vorwiegend Männerarbeit sein, sondern, angesichts des numerischen Uebergewichts der Frauen im Reich, muß ihrer Gewinnung und sozialistischen Schulung erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet werden, wobei die bereits organisierten überall in erster Linie Hand anlegen müssen.

Zu allen Parteiarbeiten müssen in steigendem Maße die Genossinnen herangezogen werden. Stellt man sie vor neue Aufgaben, werden sie sich bemühen, dieselben gerecht zu werden; sie werden in zunehmendem Maße mit der Partei verwachsen, sich als einen wichtigen Teil derselben fühlen und mit Freude und Stolz sich als Mitglied der U. S. P. bekennen.

Der Ruf, der sich an die Frauen zur Mitarbeit richtet, ist ein Appell an ihr Persönlichkeitsbewußtsein, der nie vergeblich erfolgt, sondern sich noch allezeit als der beste Ansporn erwiesen hat.

Arbeitend im Dienste der Partei, werden diese Frauen geistig emporschießen, ihren Blick weiten, ihre Einsicht in die Zusammenhänge des ökonomischen und politischen Geschehens vertiefen, ihren Komplexwille stärken; sie werden, während sie lehrend sich betätigen, lernend sich selbst vervollkommen und so selbst unendlich gewinnen, während sie am gemeinsamen Bau der Partei schaffen.

In den verschiedensten Variationen wurde die Absicht, so zu handeln, in temperamentvollen Worten von der Mehrzahl der Delegierten kundgetan.

Genau nachdrücklich wurde aber auch als unerlässlich bezeichnet, daß die fleißige, selbstlose Arbeit der Genossinnen Anerkennung finden müsse, insbesondere in unserer Presse. Und wahrlich: Das ist ein beherzigenswertes Wort! Die Anerkennung treuer Pflichterfüllung schafft innere Zufriedenheit und belebt in hohem Maße die Arbeitsfreudigkeit, schafft wichtige Gefühlswerte, die im Gesamtkomplex unseres Geisteslebens unentbehrlich sind.

Nicht immer haben wir auf all diese Imponderabilien auf all die unsichtbaren, unwägbaren Momente genügend Rücksicht genommen, und doch sind sie für das Fortschreiten unserer Bewegung, für das Gewinnen und Schulen der Indifferenten, für die innere Festigung unserer Partei so notwendig wie die Sonne für das Wachstum der Pflanzen.

Voller Begeisterung, die wertvollen Anregungen, die sie auf der Konferenz erhalten haben, restlos in der Heimat zu verwerten, sind die Genossinnen auseinander gegangen. In allen war der starke Drang, mit gesammelter Kraft und verdoppelter Energie in die Agitation einzutreten, um die Zahl unserer Mitkämpfer zu vermehren, in der Schulungsarbeit das Beste zu geben; mögen sie überall die nötige Hilfe und das richtige Verständnis finden, dann wird ein großer Strom der Begeisterung, aus unserer zweiten Reichsfrauenkonferenz ausgehend, die Bewegung befruchten und sie stärken.

Die Gemeinden und das Arbeitsnachweisgesetz

Im Rathaus zu Leipzig tagte gestern eine vom Deutschen Städte tag einberufene Konferenz der Deputierten und Leiter der städtischen Arbeitsämter, zu der die Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern Vertreter entsandt hatten. Gegenstand der Besprechung bildete der jetzt dem Reichstag zur Beschlußfassung vorliegende Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes.

Dieser Entwurf hat von Anfang an in den Kreisen der Stadtverwaltungen große Beunruhigung hervorgerufen. Auch in seiner jetzigen, nach mehrfacher Umarbeitung zustande gekommenen Form müssen die Gemeinden vor allem über die darin liegende Bescheidung der kommunalen Selbstverwaltung lebhafteste Klage führen. Nach dem Entwurf sollen die Gemeindeverwaltungen zwar dem Namen nach Träger der Arbeitsnachweis bleiben, aber ein aus selbstgewählten Vertretern zu bilden und die Arbeitsnachweiserstellen und Arbeitsvermittler, zu gestalten. Auch die Stadtverwaltungen können sich dem freilich nicht verschließen, daß den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die zwei Drittel der Kosten tragen sollen, ein entsprechend hartes Mitbestimmungsrecht zugesprochen werden muß, aber die Gemeinden können doch nicht in der Weise ausgehehlet werden, wie der Entwurf das tut, der z. B. die Beschlußfassung über Einrichtung neuer Fachabteilungen grundsätzlich ausschließt.

lich in die Hand der beteiligten Interessententreppe legt, ohne daß die Gemeinden zunächst mitzubestimmen haben. Eine weitere Regelung hinsichtlich der Organisation des Gesetzes und so: werden die Übertragung der wirtsch. Verwaltung auf die Gemeindebehörden und Benennung der Rechte des Verwaltungsausschusses auf die den städtischen Deputationen nach der Städteordnung gemäßen Befugnisse.

Die im Geheimen als solcher festgelegte Stellung der Landesarbeitsämter unter Aufsicht und Schutze des Reiches über die Arbeitsnachweise führte zu einer heftigen Kritik dieser Vemter. Von einem großen Teil der Rechner wurde ihre Befugnisse überhaup nicht bestritten. Einseitig abgeteilt wurde jedenfalls die Verteilung behördlicher Funktionen an diese Stellen. Nur für den zwischenständlichen Ausgleich konnte die Landesarbeitsämter aufrechterhalten. Dazu bedarf es aber keines so großen Verwaltungspersonals, wie er bei einigen Landesarbeitsämtern schon jetzt besteht, sondern es genügen hier wenige Personen.

Das Urteil des auf dieser Tagung versammelten Kreises verliert viel von seiner Bedeutung weil man sich des Einbruchs nicht erwehren kann, daß die Herren Deputierten und Arbeitsamtsleiter sehr in eigener Sache sprechen. Sie bilden nämlich den „Interessententreppe“, der Arbeit muß, daß sein Einfluß auf die Besetzung der Posten der Arbeitsnachweiser durch das Gesetz geschmälert wird. Darum richtet sich ihre Kritik gerade gegen diesen Punkt. Dieser peinliche Eindruck entsteht auch dadurch, daß gewisse Organisationen von Kommunalbeamten, die in der sogenannten „Kombi“ vereinigt sind, bereits vor einiger Zeit in einer Kundgebung heftig dagegen auftraten, daß die Posten in den Arbeitsnachweisen von Vereinstreueren der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten besetzt werden sollen. Diese „Interessententreppe“ wünscht, daß diese Posten den Kommunalbeamten vorbehalten bleiben. Derartige Kirchentumspositionen sind nicht geeignet, das sachliche Interesse der Gemeinden an der Frage der Organisation der Arbeitsnachweise zu vertreten, und ihre Kritik wird in der Öffentlichkeit keinerlei Eindruck machen, zum mindesten keinen günstigen. Diese Kritiker sind Richter in eigener Sache.

Handelskammern und Bezirkswirtschaftsräte

Deutscher Industrie- und Handelstag

Vor kurzem berichteten wir über den Vorschlag der Arbeitnehmervertreter im Reichswirtschaftsrat zur Frage der Organisation der Bezirkswirtschaftsräte. Der Vorschlag bezweckt die Umgestaltung der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern aus einheitlichen und mit öffentlich-rechtlichen Funktionen betrauten Vertretungen des Unternehmertums zu paritätisch organisierten Körperschaften. In ihrer neuen Gestalt sollten die Kammern den „Unterbau“ zu den Bezirkswirtschaftsräten bilden.

Mit dieser Frage der Zukunft der Handelskammern beschäftigte sich die Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages in ihrer gestrigen Sitzung. Das geschäftsführende Präsidiumsmitglied Dr. Brandt referierte über das Thema. In dem Bericht über die Tagung heißt es:

Der Referent ging auf die Fragen ein, die sich aus der Organisation der Wirtschaftsräte für die Handelskammern ergeben. Er erklärte einen Unterbau der etwa zu schaffenden Bezirkswirtschaftsräte, durch den die amtlichen Berufsvertretungen der Unternehmer zu Filialen oder abhängigen Lokalgruppen eines Bezirkswirtschaftsrates gemacht werden sollten. Für unannehmlich und sollte sich, daß diese Erkenntnis jetzt auch im Reichswirtschaftsrat durchdringt. Die Bezirkswirtschaftsräte können nur Aufgaben unmittelbarer Produktionsförderung übernehmen, die von allen Berufsständen als gemeinsam anerkannt werden. Rechner erklärte, daß die Handelskammern selbst zwar nicht paritätisch gemacht werden dürfen, daß aber die Kammern zur Gemeinnützigkeit mit den Arbeitervertretungen in paritätischen Ausschüssen, deren Form und Inhalt den besonders gearteten Verhältnissen in Industrie, Handel und Schiffahrt entsprechend zu bestimmen ist, bereit seien. Dr. Brandt unterstrich die Bedeutung des Deutschen Industrie- und Handelstages als einer Kammer der deutschen Reichsindustrie und betonte, offenbar im Auftrag, ganz besonders die Bereitschaft und den Wunsch nach enger gemeinsamer Arbeit mit den übrigen Spitzenverbänden der produktiven Berufsstände.

In einer Erklärung wird gefordert, daß die Organisation der Handelskammern und des deutschen Industrie- und Handelstages der Wirtschaftsentwicklung angepaßt werden müssen, wie dies bereits in dem Geheimentwurf eines preussischen Handelskammergesetzes beachtet wäre. Die Notwendigkeit einheitlicher Gewerkschaften verlangt von den Handelskammern als regionalen Berufsvertretungen enge Arbeitsgemeinschaft mit den Gemeinden und freien Wirtschaftsverbänden. An der Besetzung der Wirtschaftsräte aus den Unternehmerkreisen sind die gewählten Berufsvertretungen als Wahlkörper zu beteiligen. Die Gemeinschaftsarbeiten mit anderen Organisationen soll unter Wahrung der Selbstständigkeit der Handelskammern in der bisherigen Form durch ständige paritätische Ausschüsse erfolgen.

Der Industrie- und Handelstag lehnt also die paritätische Besetzung der Handelskammern selbst ab und empfiehlt die Angliederung von beruflich gegliederten paritätischen Ausschüssen an die Handelskammern. Das ist natürlich etwas ganz anderes. Diese Ausschüsse würden keine lokale Arbeitsgemeinschaft darstellen und nach geringerer Bedeutung haben, als die bereits bestehenden zentralen Organisationen gleichen Namens. Das Eindringen von Arbeiter- und Angestelltenvertretern in die Handelskammern selbst würde dagegen immerhin bedeuten, daß die Arbeiterchaft gleichberechtigt mit den Unternehmern an allen Rechen dieser Institutionen teilnimmt. Wir sehen, daß schon diese doch gewiß nicht unbedeutende Forderung auf den Widerstand des in den Handelskammern organisierten Unternehmertums stößt. Schon beim Bekanntwerden des Vorschlages sagten wir, daß bis zu seiner Verwirklichung noch ein weiter Weg sein wird. Und die Arbeiterchaft wird das ganze Problem der Organisation der Bezirkswirtschaftsräte noch sehr ernsthaft prüfen müssen, damit sie nicht etwa etwas bekommt, mit dem sie gar nichts anfangen kann.

Berufung in den Reichswirtschaftsrat. Durch den Tod des bekannten Sozialpolitikers Professors Ernst Franke ist ein Sitz im Reichswirtschaftsrat frei geworden. Von interessierter Seite erfahren die V. B. A., daß für diesen Platz diesmal in erster Reihe die Berufung einer Frau in Frage komme. In erster Reihe wird Frau Dr. Elie Lüders, die frühere demokratische Reichstagsabgeordnete, genannt.

Aktuelle der rumänischen Regierung. Beim Zusammenritt des rumänischen Parlamentes wurde ein gegen die Regierung gerichtetes Misstrauensvotum mit 190 gegen 81 Stimmen angenommen. Ministerpräsident Take Jonescu erklärte infolge dieser Abstimmung, daß er dem König die Demission des gesamten Kabinetts unterbreiten werde.

Vertrag zwischen Rußland und Deutschland. Das russische Zentralerziehungsministerium hat das allgemeine Abkommen sowie den Zusatzvertrag über den Reiseverkehr zwischen Rußland und dem Sowjetrußland und der Sowjetunion einseitig und Deutschland abgelehnt, abgeschlossen wurde, ratifiziert.

Gewerkschaftliches

Neue Unternehmerprofile im Gastwirtsgewerbe

Von zünftiger Stelle wird uns geschrieben: Sonderbare Blüten zeitigt der Schiedspruch vom 8. November 1921 im Gastwirtsgewerbe. Die Entscheidungen der Arbeitnehmerbetätigten sind vollst. Die Arbeitnehmer haben ständig behauptet, daß die Arbeitgeber es wunderbar verstehen würden, sich bald mit der Stelle aus dem 10-Prozent-System zu machen. So sind wir heute in der Lage, einige Blüten hier vorzuführen, und um nicht allzuviel Papier und Zeit zu verwenden, veröffentlichen wir im folgenden nur die wichtigsten hier nachzuführen.

Wir stellen fest, daß im Kaiserhof-Gasthaus, Jagierstraße 11, die dort arbeitenden Kellner des Abends von dem Unternehmer 10 Prozent 3 Prozent an den Unternehmer abgeben müßten. Der Schiedspruch lautet: „Die Kellner sind des Abends an den Unternehmer abzugeben und am Monatslohn gleichmäßig unter die Kellner zu verteilen.“

Im Palais de Danse, Joh. Wagner, erhalten die Kellner nur noch 8 Prozent vom Umsatz. Was mit den übrigen zwei Prozent geschieht, wissen wir in nächster Zeit der Öffentlichkeit nicht mitteilen. Im Union-Palast (Kulischer), sind die Kommis (Hilfskräfte), die durch Vereinbarung von dem Unternehmer mit 1800 M. zu bezahlen sind, abgelehnt, um sie von dem 10-Prozent-System befreien zu lassen und somit die Summe für die Kommis restlos in die Tasche des Unternehmers stecken zu lassen. In William's Weinhandlung liegt es ähnlich. In Mascotti wird der Kellner und der Geschäftsführer zum Teil aus den den Kellnern zuzurechnenden 10 Prozenten befreit.

Hier ist deutlich sowie in den vorhergehenden Fällen festzustellen, daß die Unternehmer nicht gewillt sind, dem Schiedspruch des Arbeitsministeriums Rechnung zu tragen oder ihn zu erfüllen. Die Organisation wird nach Beantwortung der Fälle sofort mit den Arbeitgebern in Verbindung treten um festzustellen, ob hier System, was von uns bestritten wird, oder eigenmächtige Handlungsweise der betreffenden Unternehmer besteht.

Die Angehörigen im Gastwirtsgewerbe müssen treu zu ihrer Organisation halten und sie fördern, sonst wird in der nächsten Zeit über etwas ganz anderes zu lesen sein. Die Organisation muß einsehen, daß unter den heutigen Verhältnissen ein derartiges Gebahren der Unternehmer überhaupt bloß greifen kann.

Die Organisation wird nach wie vor betreiben, solche Ausschüsse von Tariffragen vor allen Dingen in Verbindung mit den Arbeitgebern in Verbindung treten um festzustellen, ob hier System, was von uns bestritten wird, oder eigenmächtige Handlungsweise der betreffenden Unternehmer besteht.

Über auch den Kollegen, die bei solchen Organisationen die besten Dienste leisten, ruft man hier zu Recht um Mitteilung, wenn derartige Ausschüsse vorhanden sind. Nur dadurch werden wir in der Lage sein, sofort einzugreifen. Ueßt Selbstverleumdung und bewahrt der Organisation die Treue, dann ist der Wall geschaffen, der not tut, um gegen die Unternehmer geschützt zu sein.

Die Buchbinderinnen zum Verbandstag

In einer mit befehlten Frauenversammlung am 18. 1. im Gewerkschaftshaus nahmen die Buchbinderinnen eine Stellung zum bevorstehenden Verbandstag. Lucia Krzymin gab einen Überblick über die betriebsförmigen Verbandstage und schloß, wie wenig Einfluss bisher die Frauen im Verband hatten. Sie forderte, daß endlich mit der Besorgung der Frauen zu brechen sei, daß auch in sämtlichen Tarifkommissionen auch die Frauen vertreten sein müssen. In der Lohnfrage müsse die Stellung der Arbeiterinnen möglichst eingeschränkt werden und die Löhne der Arbeiterinnen, die teilweise nur 50 Prozent der Löhne der männlichen Kollegen betragen, unbedingt erhöht werden. Des Weiteren verlangte die Referentin die Ausdehnung aller Unterhaltungen auch auf die Arbeiterinnen, sowie die Berücksichtigung der Kolleginnen bei der Einstellung von Betriebsbeamten. Die wirtschaftliche Lage zwingt auch die verheiratete Arbeiterin oft zum Wirtshaus und müssen bei Entlohnungen die Verhältnisse genau berücksichtigt werden. Durch tätige Mitarbeit im Verband haben sich die Kolleginnen mehr Einfluss und Berücksichtigung ihrer Forderungen zu erkämpfen.

Einmütig machte sich die Versammlung nach den Ausführungen des Genossen Pollock, der für die Bildung von Jugendgruppen eintrat, die Beschlüsse der Berliner Buchbinderjugend betreffs Gründung einer Reichs-Jugendzentrale zu eigen.

Schichtkurse der Betriebsräteschule

Für Schicht- und Abendarbeit plant die Betriebsräteschule die Einrichtung von Tageskursen, die vormittags und frühnachmittags stattfinden sollen. Als Thema ist vorgesehen:

1. „Der Betriebsrat, seine Bedeutung und seine Aufgaben.“ Dieser Kurs ist für Wechselarbeiter bestimmt und findet vierzehntägig, Dienstags vormittags von 10-12 Uhr, statt.
2. „Der Betriebsrat und die wirtschaftliche Lage.“ Dieser Kurs findet achttägig, Freitag vormittags von 10-12 Uhr, statt.
3. „Das Betriebsratsgesetz im Rahmen des modernen Arbeitsrechts.“ Der Kurs soll achttägig, Mittwoch nachmittags von 3-5 Uhr, stattfinden.

Mit der Einrichtung des Kurses 1 für Wechselarbeiter kommen wir einem Antrag nach, der von Verbänden kommt, als auch von Schichtarbeitern verschiedentlich an uns gestellt wurde. Es handelt sich bei diesem, insgesamt 5 Doppelstunden umfassenden Kurs, um einen Versuch, die ganz besonders für die Wechselarbeiter bestehenden zeitlichen Schwierigkeiten zu beheben.

Unterrichtsraum für alle Kurse ist der Sitzungssaal der Reichsgewerkschaftlichen Betriebsräteschule, Berlin SO. 10, Engelstraße 24/25, 2. Hofl. Der Beginn der Kurse richtet sich nach den einlaufenden Anmeldungen und wird jeweils durch die Presse bekanntgegeben werden. Karten für Kurs 1 zum Preise von 5 M. für Kurs 2 und 3 zum Preise von 10 M. sind im Bureau der Schule erhältlich. Arbeitslose können unentgeltlich am Unterricht teilnehmen. Es erhalten Hörerinnen gegen Vorlegung ihres Arbeitsnachweises. Nur solche Kolleginnen wollen sich zum Unterricht melden, die regelmäßig dem Unterricht beiwohnen können.

Abbruch der Verhandlungen in der Metallindustrie. In einer gut besuchten Mitgliederversammlung aller kaufmännischen und technischen Angestellten der Metallindustrie, die in dem Verband organisiert sind, erklärte Kolbe W. über die Tarifverhandlungen mit der Berliner Metallarbeiter-Vereinigung. Bei den letzten Verhandlungen machten sie ein Angebot von 10 Prozent Gehaltserhöhung, unter dem Hinweis, daß eine weitere Erhöhung derselben ausgeschlossen sei, da sie infolge der letzten Gehaltserhöhung nicht zahlen konnten. Der Magistrat von Berlin sollte ihnen seit April 1921 1000 gekündigter Metallarbeiter, Löhne und Gehälter, immer noch derselben Höhe für die Unterhaltung des Reparatur der Metallwerke. Die in Frage kommenden Kollegen bestanden nur 300 Arbeiter von 710 Arbeitern bis 2000 Mark pro Monat, wobei berücksichtigt werden muß, daß die letztere Summe noch 1000 Arbeiter in der Gruppe IV mit besonders qualifizierten Angestellten zuzurechnen kommt, wie Bilanzbuchhalter, Hauptkassierer usw. Der Referent erklärte sich aufrichtig für das Angebot der Arbeiterbetriebe zur Annahme zu empfehlen. Die Versammlung beschloß einstimmig, das Angebot abzulehnen und die Angelegenheit vor dem Schlichtungsausschuss zum Auszug zu bringen. Den Magistrat der Stadtgemeinde Berlin aber möchten wir fragen, was er zu den Behauptungen der Berliner Metallarbeiter-Vereinigung sagt?

Kopierdienste der U. S. P. D. Zu der am Donnerstag, den 19. d. M., abends 7 Uhr, stattfindenden Mitgliederversammlung ist das Erhalten eines jeden auf unserem Boden lebenden Kollegen unbedingt erforderlich.

Verloren

Von Paul Padan.

Mein Freund sagt: „Alles, was gedruckt und geschrieben wird, ist lesenswert. Man kann aus allem lernen!“

Ich wollte das nicht wahr haben und bestämpfe diese Behauptung. Unlängst wurde ich aber eines Besseren belehrt.

Ich stand vor einem Postfach als Leiter einer langen Reihe. Aus Langeweile las ich ein Plakat, das neben mir an der Wand hing, und ich kannte, was da alles drauf stand.

Ein großes Plakat aus Ichnem, weißen und starken Kartonpapier mit einem breiten schwarzen Rand. Schwarz-weiß waren bekanntlich die Farben des früheren und auch so freundlichen Preußen. Dieses Plakat sollte sicher ein Symbol sein und erzeugte gewiß den Sinn eines verhaßten und verfluchten Geheimrats, von denen es bestimmt noch viele im Reichspostamt gibt.

„Verlorene Gegenstände“ stand groß gedruckt darüber, und dann las man: Die unten näher bezeichneten Gegenstände sind im Besitz des Postamts verloren gegangen. Wenn sich der rechtmäßige Eigentümer, der sich als solcher ausweisen muß, nicht innerhalb von vier Wochen meldet, werden die Gegenstände öffentlich und meistbietend gegen bare Bezahlung versteigert.“

Dann kam die lange Liste der verlorenen Gegenstände: ein linker Damenhandschuh (gemeint war vermutlich ein Damenhandschuh für die linke Hand), ein Schlüssel, ein Butterbrot, und noch viele andere, ebenso große Wichtigkeiten und Winzigkeiten.

Und da stehe, und da staunste, und dir bleib die Spade weg! Früher freilich kultivierte man ja in Preußen solchen Krimstrams und diese Kleinlichkeiten mit einer wahren Virtuosität. Mein Gott, die Beamten mühten doch beschäftigt werden. Heute haben wir doch aber eine Republik. (Haben wir wirklich eine richtig gehende Republik?) Daß man auch heute noch an solchen Kram hängt, ist unerhört.

Ueber dieses Plakat sollte man; Verlorene Li:besmüh schreiben. Man denke doch nur: das Papier für die Plakate kostet Geld, viel Geld, das Drucken kostet ebenfalls viel Geld. Ein Beamter muß die lange Liste schreiben, der in dieser Zeit wirklich was Nützlicheres tun könnte, ein anderer Beamter, mit Nagel und Hammer in der Hand, muß das Plakat an die Wand pappen. Und nun erst die Auktion! Ruch die aber Geld in die Postkasse bringen! Ein „linker“ Damenhandschuh... Aber gewiß... Gott, wenn der, welcher ihn bei der Versteigerung ersteht, Glück hat, probiert er so lange damit herum, bis er zum Geldschrank des Herrn Stinnes paßt. Und das Butterbrot? Das wird ja nun allerdings nach vier Wochen ein wenig hart und häßlich geworden sein. Doch ein mit wirklich guter beheimertem Brot ist heute für so viele in Deutschland eine Karität. Man wird sich darum rufen, und der Glücklichste, der es ersteht, wird es in seinen Karitätensschrank stecken und hüten wie einen Agapfel.

Immerhin, immerhin. Der gewöhnliche Sterbliche, der Kaufmann, der Geschäftsmann und so, dem würde so eine Auktion nicht in den Kopf kommen. Auch er wird sich nicht, ebenso wenig wie die Postverwaltung, an verlorenen und gefundenen Gegenständen bereichern wollen. Er wird die in seinen Bezirk verlorenen Gegenstände aufheben, und wenn der Eigentümer sich meldet, sie ihm ohne großes Getue aushändigen.

Was aber ein richtiger Beamter ist, der bequem sich nicht zu solcher Banalität, da muß protokolliert und protokolliert und protokolliert werden, wenn auch die Postverwaltung darüber pleite wird.

O mein bürokratischer Amtschimmel, wie bist du schön! Stemmt sich auch eine Welt gegen dich, du bist, du bleibst unsterblich!

Der Raubmord in der Wieslandstraße, dem Anfangs Dezember vorigen Jahres der betagte Händler Alexander zum Opfer fiel, ist jetzt vollständig aufgeklärt. Auch der dritte Täter ist hinter Schloß und Riegel. Schon bald nach der Tat wurden zwei Täter namens Benedict Wehner und Wilhelm Scharowski festgenommen. Als dritter Täter wurde ein Mann ermittelt, der sich Gerhard Frank aus Adnigsberg i. Pr. genannt hatte. Dieser war flüchtig. Während Kriminalkommissar Gennat und seine Beamten auf ihn suchten, stellten sie fest, daß nicht Frank Mörder war, sondern ein 20 Jahre alter, aus Breslau gebürtiger

Schriftsetzer Friedrich Kellischowski, der die Ausweispapiere Franks besaß, darunter besonders auch dessen Entlastungsschein aus der Zerknirschung. Jetzt wurde in Hamburg nach einem Diebstahl ein Kellischowski verhaftet. Die Hamburger Kriminalpolizei erfuhr aus dem Berliner Anfahrtsbrief, daß sie den geuchten Mörder gefaßt hatte. Er legte dann auch ein Geständnis ab.

Fast zur gleichen Zeit wurde auch in Gronau in Westfalen ein junger Mann festgenommen, der sich Kellischowski nannte und gestand, daß er der geluchte Mörder sei. In Wirklichkeit aber ist er nicht Kellischowski, sondern Franz. Kellischowski stammt aus guter Familie. Er gehörte zeitweilig auch der Reichswehr an. Zu dem Bekanntheitskreis gehörten auch noch Wehner und Scharowski. Diese beiden waren bereit, den verdächtigsten Plan mitzuführen. In einem Sonntagabend verabschiedeten die drei in dem Lokal „Zum Lärten“ in der Koenigsstraße den Plan genauer. Das Verbrechen sollte schon am nächsten Morgen ausgeführt werden. Wehner drängte, weil Alexander geäußert hatte, daß er kein Geld auf die Bank bringen wolle. Er ließ Kellischowski und Scharowski des Morgens, und nun trafen sich diese beiden Dienstag in der Wieslandstraße. Kellischowski ließ sofort über ihn her, riß ihn zu Boden und hielt ihm mit einer Hand den Mund zu. Wehner nahm nach dem Mord auch die Briefstücke des Alexander an sich.

Der Zwang der Technischen Nothilfe

Vor der Strafkammer in Eberowalde fand am Dienstag eine Verhandlung statt, die ein bestimmtes Licht auf die Zustände in der Technischen Nothilfe wirft. Auf der Anklagebank standen zwei Arbeiter, die wegen Nötigung und Beleidigung angeklagt waren, weil sie zwei Angehörige der Technischen Nothilfe durch Drohungen und Beleidigungen zum Niederlegen der Arbeit veranlaßt haben sollten. In der Verhandlung machten sogar die Belastungszeugen auf eindringliches Befragen des Verteidigers, Genossen Rosenfeld-Berlin,zugeben, daß sie von den Angeklagten nicht „genötigt“ worden wären. Nur formale Beleidigung konnte festgestellt werden. Genosse Rosenfeld fragte daraufhin die beiden Mitglieder der Technischen Nothilfe, ob sie nicht den Strafantrag wegen Beleidigung zurücknehmen wollten. Beide antworteten übereinstimmend: „Uns liegt nichts an einer Beleidigung der Angeklagten. Aber wir dürfen den Strafantrag ohne Zustimmung der Technischen Nothilfe nicht zurücknehmen!!! Wir hätten auch, wenn es noch umginge, niemals Strafantrag gestellt. Aber die Technische Nothilfe verlangt das!“

Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß die Mitglieder der Technischen Nothilfe vor jedem Zwang, der von anderen Arbeitern auf sie ausgeübt werde, beschützt werden müssen. Er beantragte gegen jeden der Angeklagten wegen Nötigung und Beleidigung eine Geldstrafe von je 1200 M. Genosse Rosenfeld wies darauf hin, daß der größte Zwang in diesem Falle nicht von den freigeschäftlichen organisierten Arbeitern auf die Mitglieder der Technischen Nothilfe, sondern von der Leitung der Technischen Nothilfe auf ihre Angehörigen ausgeübt worden sei. Er forderte Freispruch von der Anklage der Nötigung. Diesem Antrage entsprach die Strafkammer und sprach die Angeklagten wegen Nötigung frei. Dagegen verurteilte das Gericht die beiden Angeklagten wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von je 600 M.

Mangelhafte Unfallverhütung

Beim Ausbau der Corpus-Christi-Kirche in der Thorer Str. 64 ereignete sich am 22. Mai 1920 ein folgenschweres Baunnglück. Ein Gewölbe stürzte plötzlich ein und riß fünf Maurer mit in die Tiefe. Alle fünf erlitten zum Teil erhebliche Verletzungen. Die Staatsanwaltschaft und das Schöffengericht bürdeten dem Bauführer Otto Straube die Verantwortung für das Unglück auf, und das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte ihn wegen fahrlässiger Körperverletzung zu drei Monaten Gefängnis. Die Fahrlässigkeit wurde darin erblickt, daß der Angeklagte von den Arbeitern auf bedenkliche, um Gewölbe sich zeigende Risse aufmerksam gemacht worden war, trotzdem aber weiterarbeiten ließ, indem er die Bedenken beschwichtigte.

In der Berufungsinstant trat R. A. Rubell Sachverständigenbeweis dafür an, daß bei ordnungsmäßiger Konstruktion des Gewölbes der Angeklagte die entstandenen Risse für die üblichen Schwingerscheinungen halten dürfte. R. A. Rubell beantragte Freispruch, da das Gericht vom Angeklagten keine größere Vorsicht und Sachkunde verlangen könne als von den Sachverständigen für erforderlich gehalten werde. — Das Gericht erblickt lediglich darin eine Fahrlässigkeit des Angeklagten, daß er trotz der Weigerung der Arbeiter, weiter tätig zu sein, dem Bauleiter Baurat Hajal nicht Meldung erstattet, vielmehr auf eigene Verantwortung die Arbeiter zur Weiterarbeit veranlaßt hatte. Das erste Urteil wurde dahin abgeändert, daß der Angeklagte zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt wurde.

Aus den Bezirken

Die Bezirksversammlung Prenzlauer Berg wählte dieser Tage den bisherigen Vorstand wieder: Kemnitz, S. P. D., Vorsitzender; Böyer U. S. P. D., Stellvertreter. — In unbeschriebenen Stadtkarten wurden 4 Sozialisten und 2 Bürgerliche gewählt, die Genossen Böyer und Güns, Kretzer und Fröhlich, S. P. D., Brauns, S. P. D., Kuffak, Dn. An Stelle der Wohnungskommission wurden 15 Bezirksverordnete bestimmt, die die Arbeiten bis zur endgültigen Regelung übernehmen. — Einem Dringlichkeitsantrag unserer Genossen, „Das Bezirksamt soll dahin wirken, daß die Mieträume täglich gereinigt werden und daß dem mit der Reinigung betrauten Personal der tarifliche Lohn gezahlt wird“, wurde zugestimmt. — In einer geheimen Sitzung wurde eine Liste Einbürgerungsgesuche, gegen die die Deutschnationalen Einspruch erhoben hatten, genehmigt. Es muß aber gesagt werden, daß solche geheime Sitzungen, die, wie diese, nur dazu dienen, antisemitische Wäutchen zu bestärken, ein Anfang sind, den man je eher, desto besser beizulegen sollte.

Der 20. Bezirk (Reinickendorf) hat in Reinickendorf, Tegeler, Tegeler, Dornsdorf, Rosenhal, Waldmannslust, Wittenau, Heiligensee, Lohschwalde insgesamt 10 Volksbildungsvereine, deren Benutzung der Bevölkerung angelegentlich empfohlen wird. Nähere Angaben sind aus den Anschlägen des Volksbildungsamtes erhältlich. — In Tegeler und Reinickendorf bestehen jetzt Arbeitsstätten der Volkshochschule Groß-Berlin. Die seit Anfangsbestehende Tegeler Arbeitsstätte wird von Montag ab in die Humboldtstraße verlegt werden, während die öffentlichen Einträge betreffend die Reinickendorfer Arbeitsstätte noch Geltung haben. — Folgende künstlerische Veranstaltungen finden statt: Vier Theatergesellschaften (von Mitgliedern des Staatstheaters), Reinickendorf-Ost: 3. Februar (Johannese), 17. März (Kabale und Liebe); Tegeler: 27. Januar (Johannese), 31. März (Kabale und Liebe); Sieben Kammermusikabende, Reinickendorf-Ost: am 17. Februar, 3. März und 14. April, Tegeler: am 9. Februar, 23. Februar, 9. März und 28. März (Süddeutsche Quartette); Drei Volksliederabende, (Dr. Heinz Schall), Wittenau: 8. Februar; Rosenhal: 10. Februar; Reinickendorf-West: 21. Februar. — Vier Unterhaltungsabende (Frau Koff Langer), Dornsdorf: 21. Februar; Rosenhal: 3. März; Wittenau: 15. März; Reinickendorf-West: 24. März. — Ein Musikabend (Süddeutsche Quartette), Dornsdorf: 31. März. — Erwerbslose haben zu allen Veranstaltungen gegen Vorzeigung ihrer Stempelparte freien Zutritt. Näheres geht aus den Anschlägen hervor. Kunststoffe erteilt das Volksbildungsamt.

12. Verwaltungsbezirk. In der Bezirksversammlung am Montag erhoben die Gen. Lieber und Alfermann Protest gegen die Entziehung der Bezirksverordneten, weil den Fraktionen nur wenige Stunden zur Durchberatung des Etats zur Verfügung standen und das Recht der Kontrollen erheblich eingeschränkt wird. Wie der Vertreter der Rechtssozialisten mitteilte, hat man, um geschlechte Unterlagen gegen die Tätigkeit der Betriebsräte in den Deputationen zu suchen, einen Baragrarhen aus dem Gele 1900 m Jahre 1835 (1) hervorgeholt. — In der Generaldebatte zum Etat wies Gen. Alfermann beim Schluß nach, daß auf den Kopf der höheren Schüler 2011 M., auf den der Volksschüler nur 714 M. entfallen. Bei der Einzelberatung wurden folgende Anträge unserer Fraktionen angenommen: Erhöhung der Stillschämien von 40 000 auf 60 000 M., Erhöhung der Summe für Ferienausflüge und Spiele von 30 000 auf 40 000 M. Abgelehnt gegen die Stimmen der Bürgerlichen wurden nach eingehender Begründung unsererseits folgende Anträge: 50 000 M. zur Errichtung eines Jugendheims und 2 000 000 M. zur Errichtung eines Altersheims.

Drei Schüler beim Nadeln verunglückt. Mittwoch vormittag begaben sich die 13jährigen Schüler Raimund Koch, ein Sohn des Ministers Koch, aus der Bennestraße 10 in der Kolonie Grunewald, Werner Hofmann aus der Gultau-Müller-Str. 7 in Schöneberg und Helmut Krüger aus der Wartenbergstraße 8 in Schöneberg nach dem Grunewaldweg und vergaßen sich damit, auf einem Nadelstücken von einer kleinen Anhöhe hinabzufahren. Nachdem ihnen das mehrmals gelungen war, tauchten sie bei einer neuen Wabst gegen einen Baum und stürzten so unglücklich von dem Schlitzen, daß sie alle drei verletzt wurden. Am schlimmsten erging es dem jungen Koch, der einen Bruch des linken Beines davontrug. Hofmann und Krüger kamen mit — wenn auch erheblichen — Verletzungen davon. Sie wurden sämtlich nach der Rettungsstelle in der Goltauer Straße gebracht und nach Auflegung von Verbänden den ärztlichen Wohnungen zugeführt.

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Übersetzt von Rudolf Herl

Copyright 1921 by Siedlich & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(7. Fortsetzung)

„Und jetzt,“ sagte Réal, „sind die Ferien zu Ende. Nun muß ich wieder mein Kreuz auf mich nehmen.“

Er rühtete zum Aufbruch, auch Yvonne mußte in die Stadt zurück.

„Wollen wir ein Bißchen kaufen?“ fragte Réal.

Sie war's zufrieden. Die Dämmerung kam, eine bleiche, feuchte Dämmerung, schon von den Laternen erhellt, deren Widerschein lange gerade Striche auf dem nassen Bürgersteig zeichnete.

Sie kamen zu den Kais. Welche Blätter lagen auf dem Boden, der Wind sauste in den Zweigen.

„Sind hier keine Wohnungen frei?“ fragte Yvonne und musterte die Häuser.

„Warum möchten Sie das wissen?“

„Für mich selbst. Denken Sie, ich bin auf die Straße gesetzt. Der Wirt hat mich gesteuert. In drei Monaten bin ich obdachlos.“

Réal teilte ihre jugendliche Sorglosigkeit nicht.

„Haben Sie denn etwas Possendes gefunden?“

„Noch nicht.“

„Lassen Sie sich von mir beim Wohnungsuchen helfen. Es ist so lästig.“

Sie lehnte dankend ab. Ganz allein wollte sie sich aus der Verlegenheit ziehen.

„Es wird kühl“, bemerkte Réal und stellte den Kragen seines Ueberziehers hoch.

Er fühlte, wie sich seine Nase rötete, wie die Aedertren auf seinen Wangen unter dem scharfen Winde hervortraten.

„Wäre ich jung wie frisch,“ dachte er traurig, „würde man sagen: ein Liebespaar... aber so wird es kein Mensch vermuten.“ Er lachte.

Yvonne fragte heiter:

„Was war denn das? Ein Seufzer?“

„Ach ja“, gab er zu.

Er stockte, und da er den wirklichen Grund seines Trübheims nicht zugeben wollte, sprach er von dem freudlosen, unglücklichen Leben, das er nun wieder aufnehmen sollte.

Der Tag sank. Sie gingen schnellen Schrittes. Yvonne krauschte über ein welkes Blatt. Réal brummte:

„Es ist so glatt... Wollen Sie meinen Arm nehmen?“ Schüchtern und zart legte sie ihre Hand auf seinen Arm. Sie schritten Seite an Seite.

Yvonne wiederholte:

„Sein Leben neu beginnen... das ist hart.“

„Was wissen Sie davon?“

„Ich habe schon einmal die Erfahrung gemacht.“

Er wandte sich zu ihr, neugierig, doch nicht gewillt, ihr Vertrauen zu erzwingen. Endlich sagte er doch:

„Ist das schon lange her?“

„Fast vier Jahre.“

Er drückte ihren Arm gegen seine Brust. Ein Bedürfnis nach Aussprache erfüllte ihn. Das Bolsamensein, die Dämmerstunde verwirrte auch das junge Mädchen. Ein schmerzliches Glück schnürte ihr die Kehle zu. Und ganz plötzlich, als wollte sie mit der Preisgabe ihres Geheimnisses ein Stück ihrer Seele spenden, bekannte sie:

„Ja, vier Jahre. Niemand weiß davon... aber ich kann es nicht länger allein tragen. Ihnen kann ich es nicht verschweigen. Nämlich... als der Krieg ausbrach, war ich verlobt... und dann...“

„Und dann?“

Nach einer Pause sagte sie traurig:

„Er ist bei Carency gefallen... er war Leutnant...“

„Wie schrecklich...“

Bestürzt über diese Enthüllung blieb er stehen. Sie hatte schon einmal geliebt. Er empfand es als Wohlthat. Das machte sie zu etwas anderem als zu einem jungen Mädchen, zu etwas, was ihm näher stand. Zugleich fühlte er eine verworrene Eifersucht.

In seiner Sehnsucht, die ganze Wahrheit zu erfahren, fragte er:

„Sie waren verlobt? Und haben nicht während eines Urlaubs geheiratet?“

„Nein... das heißt...“

Bei ihrem Zögern durchfuhr ihn ein scharfer Schmerz. Er konnte sich nicht enthalten, weiter zu fragen:

„Sie haben nicht geheiratet? Und doch... Sie können mir ruhig alles sagen...“

Sie wandte verlegen das Gesicht ab. Er fuhr fort:

„Er kam wohl oft nach Paris... Unter den Umständen von damals?“

„Einmal... Wir hatten beschloffen, für das nächste Mal alle Schritte zu tun. Aber er ist nicht wieder gekommen. Verzeihen Sie meine Offenheit. Sie sind der einzige in der

Welt, der sich ein wenig um mich kümmert. Und ich fühle mich so erleichtert, weil ich Ihnen nun nichts mehr zu verheimlichen habe. Aber sagen Sie mir, ob Sie mich verachten?“

Réal fühlte eine brennende Begierde in sich aufsteigen. Voll Zärtlichkeit blickte er auf Yvonne. Er widerstand kaum der Versuchung, das schöne traurige Antlitz zu küssen, den schlanken Leib, der ihm so nahe war, an sich zu drücken.

Solange er Yvonne für ein unerfahrenes junges Mädchen gehalten hatte, wollte er ihr nur ein väterlicher Freund sein, wollte er aus seiner Zuneigung jedes Quentchen Liebe ausschalten. Für ihn war sie unantastbar gewesen. Aber jetzt, jetzt...

Yvonne nahm die Kenderung, die in ihm vorging, mehr mit dem Gefühl als mit dem Verstand wahr. Sie bewunderte ihn nun auch noch wegen seiner Tapferkeit. Aber war es nur Bewunderung, die sie immer mehr zu ihm trieb, die ihre Schritte in der sinkenden Dämmerung verlangsamte und die sie einander nahe brachte?...

Möglichlich ließ Réal sie los.

„Die Dame, die wir soeben da unter der Laterne getroffen haben. Wenn die uns erkannt hat, das kann hübsch werden...“

„Wer war es denn?“

„Keine Frau, wenn ich mich nicht sehr irre. Eine dumme Geschichte. Sie ist imkonde...“

„Glauben Sie wirklich...?“

„Zum Ausd. wir zwei, Sie und ich, machen abends einen Spaziergang. Was, hat sie hier herumzustreifen? Wir waren doch recht unvorsichtig...“

Sie reichte ihm die Hand:

„Sie haben recht... Auf Wiedersehen!“

Réal behielt ihre Finger in den seinen. Er sah ihr zärtlich in die Augen.

„Hören Sie, ich muß Ihnen sagen...“

Sie blieb stehen und wartete zitternd auf sein Bekenntnis. Aber er brach ab.

„Nein, nichts... Also, mein Kind, morgen um neun Uhr?“

„Morgen.“

Sie trennten sich und verschwanden in den entgegengesetzten Richtungen. Keiner wagte zurückzusehen, aus Furcht, der andere könnte es auch getan haben...

(Fortsetzung folgt.)

